

Khatamis Unterstützung in der iranischen Bevölkerung und besonders unter den Studenten ist weiterhin groß. Die jüngere Generation soll nahezu geschlossen hinter seiner Politik stehen; bei einem Anteil der unter 30jährigen von über 75 Prozent ist das eine entscheidende Beobachtung. Dennoch ist die Kraftprobe zwischen den beiden Lagern noch nicht entschieden.

Im Oktober 1998 kam es zur Neuwahl der einflußreichen Expertenversammlung. Von den 400 Bewerbern für 86 Positionen wurden nach sorgfältiger Prüfung durch den Expertenrat 167 meist konservative Kandidaten zugelassen; die

Vorschläge Khatamis waren nicht darunter. Seither wollen die Unkenrufe über das Scheitern seiner Reformbemühungen und einen möglichen Rücktritt des iranischen Präsidenten nicht mehr verstummen. Dessen Anhänger holten aber zum Gegenschlag aus und gründeten im Dezember 1998 die *islamisch-iranische Partizipationsfront*, eine Partei, in der sie ihre Reformpolitik institutionalisieren und mit der sie jetzt am 26. Februar bei den ersten Kommunalwahlen seit der islamischen Revolution 1979 antreten wollen. Von der Wahl der 200 000 Mandatsträger in Städten und Gemeinden des Landes wird ein deutliches Signal für die politische Zukunft der islamischen Republik Iran erwartet. *Rita Breuer*

Schuldenkrise dauerhaft lösbar?

Ziele und Hintergrund der Kampagne „Erlaßjahr 2000“

Im alttestamentlichen Buch Levitikus findet sich die Idee des „Jubeljahres“, der Gedanke periodischer Schuldenerlasse. Die Kampagne „Erlaßjahr 2000 – Entwicklung braucht Entschuldung“, mittlerweile zu einer weltweiten Bewegung angewachsen, greift diesen Gedanken auf und fordert eine menschengerechte, besonders aber auch dauerhafte Lösung der nach wie vor virulenten internationalen Schuldenkrise. Pedro Morazán, wissenschaftlicher Mitarbeiter vom „Südwind Institut für Ökonomie und Ökumene“ skizziert die wesentlichen Grundanliegen der Kampagne und stellt deren vor allem auch kirchliche Träger vor.

Unter den gegebenen Voraussetzungen wird auch zur Jahrtausendwende die Schuldenkrise der ärmsten Länder alles andere als überwunden sein (vgl. HK, Januar 1997, 30 ff.). Inzwischen ist der Schuldenberg auf über zwei Billionen Dollar angewachsen. Die Lebenssituation der Menschen in vielen der hoch verschuldeten Staaten hat sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. Umfassende Lösungsansätze – wie sie etwa der britische Schatzkanzler Brown im September 1997 oder britische Entwicklungsinitiativen anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels in Birmingham im Mai 1998 vorgeschlagen haben – liegen zwar auf dem Tisch, sind jedoch unter den Gläubigern nicht mehrheitsfähig.

Mitte September 1997 wurde in Wuppertal die Kampagne „Erlaßjahr 2000 – Entwicklung braucht Entschuldung“ ins Leben gerufen. Mehr als 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Hilfswerken, entwicklungspolitischen Initiativen und kirchlichen Verbänden in Deutschland formulierten einen Appell zu einer umfassenden und endgültigen Lösung der Schuldenkrise; mittlerweile haben sich mehr als 700 Organisationen der Kampagne „Erlaßjahr 2000“ angeschlossen. Sie fordern Schuldenerlaß für die armen Staaten und hierfür ein

transparentes Verfahren im Sinne eines fairen Interessenausgleichs zwischen Schuldner und Gläubigern.

Der Kampagne „Erlaßjahr 2000“ liegen folgende Annahmen zugrunde:

- Die Überschuldung von Ländern bedroht die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der ganzen Gesellschaft. Den Regierungen der überschuldeten Staaten fehlt das Geld, um Bildungssystem und Gesundheitsversorgung aufrecht zu erhalten oder dringend notwendige Investitionen in die Infrastruktur vorzunehmen. Damit zerstört die Verschuldung die Lebensgrundlagen der heutigen wie der zukünftigen Generationen.
- Alle bisherigen Versuche einer Lösung der Schuldenkrise sind gescheitert. Die vielen Verhandlungen und Abkommen haben in den meisten Fällen nur kurzfristig gewirkt; die betroffenen Länder konnten lediglich für eine Weile Zinsen und Tilgung zahlen. Die Schulden jedoch waren und sind auch nach vielen Umschuldungsmaßnahmen und Schuldenerlassen für viele Staaten zu hoch und können nur durch eine drastische Reduktion auf ein tragfähiges Niveau gesenkt werden.

– Die Verantwortung für das heute untragbar hohe Schuldenniveau vieler Länder des Südens liegt nicht allein bei den Schuldnern, sondern bei Schuldnern *und* Gläubigern. Deshalb müssen auch beide Seiten entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit dazu beitragen, daß ein Ausweg aus der Schuldenkrise geschaffen wird.

– Für eine dauerhafte Lösung bedarf es international verbindlicher Vereinbarungen. Vergleichbar den Regelungen bei Unternehmens-Konkursen oder, seit dem 1. Januar 1999 in Deutschland, bei Überschuldung von Privathaushalten, muß ein Verfahren gefunden werden, um international im Rahmen eines *Insolvenzrechts für Staaten* eine für alle Beteiligten tragbare Lösung aushandeln zu können.

Um eine wirklich dauerhafte Lösung der Schuldenkrise zu erreichen, müssen neben der Entschuldung aber auch international verbindliche Mechanismen entwickelt werden, die deren Wiederholung ausschließen. Als Vorbild einer solchen Regelung könnte das in den USA und – seit 1996 – in Ungarn geltende *Insolvenzrecht für Gebietskörperschaften* (Bundesländer, Gemeindeverbände, Kommunen etc.) dienen. Demnach müssen diese Gebietskörperschaften ihre Schulden nur in dem Maße zurückzahlen, wie sie dies leisten können, ohne die für die Bevölkerung lebenswichtigen Leistungen einschränken zu müssen.

Bislang werden die maßgeblichen Entscheidungen über das Schicksal faktisch zahlungsunfähiger Staaten von den multinationalen Gläubigergremien (Pariser Club, Londoner Club) sowie den internationalen Finanzinstitutionen getroffen, allen voran *Weltbank* und *Internationaler Währungsfonds* (IWF). Dabei ist jedoch der IWF selbst Gläubiger und befindet sich mehrheitlich im Eigentum der Gläubigerstaaten. In dieser Doppelrolle stellt er keine neutrale Instanz dar. Vielmehr sind die internationalen Gläubiger in den gegenwärtigen Verfahren Kläger, Richter und Treuhänder in einer Person.

In einem internationalen, rechtlich abgesicherten und transparenten Insolvenzverfahren ließen sich dagegen die Interessen aller beteiligten Gruppen wahren: Die *Gläubiger* könnten ihre Ansprüche rechtlich geltend machen und erhielten die für das Schuldnerland ökonomisch tragbaren Zahlungen in einem einfacheren, fairen Verfahren. Wenn das Insolvenzverfahren zudem auch den Zugriff auf Fluchtgelder ermöglichte, würde sich die Summe erhöhen, die die Gläubiger zurückerstattet bekommen.

Die *Schuldnerregierungen* wären gleichberechtigte Verhandlungspartner und könnten gemeinsam mit den Gläubigern, unter Beteiligung der Bevölkerung, internationaler Experten und Organisationen einen Rückzahlungsplan ausarbeiten. Die Erfüllung ihrer grundlegenden Aufgaben im Bildungs- und Gesundheitswesen, im Umweltschutz und für den Auf- und Ausbau der Infrastruktur wäre ausreichend gesichert, da die Mittel dafür nicht zur Schuldenrückzahlung herangezogen

werden dürften – sozusagen im Sinne eines gewährleisteten „Existenzminimums“ für Staaten. Die *Bevölkerung des Schuldnerstaates* besäße über Gewerkschaften, religiöse Gemeinschaften, Bürgergruppen etc. ein Anhörungsrecht, insofern sie von Maßnahmen, die im Verlauf des Insolvenzverfahrens beschlossen werden, direkt betroffen ist.

Dabei benötigte ein solches internationales Insolvenzverfahren keinen aufwendigen juristischen Apparat. Vielmehr würde es nach dem Prinzip von Schiedsverfahren funktionieren: Beide Parteien benennen die gleiche Zahl von Richtern, diese wählen gemeinsam eine weitere Person, so daß Entscheidungen mit einfacher Mehrheit getroffen werden können.

Der Schuldenerlaß ist ein gemeinsames Anliegen der christlichen Konfessionen

Über die gegenwärtige Schuldenkrise und mögliche Wege zu deren Bewältigung besteht ein weitreichender Konsens zwischen den großen christlichen Konfessionen. Dies zeigt das gemeinsame Wort der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland mit dem Titel „Internationale Verschuldung – eine ethische Herausforderung“. In der im Oktober 1998 veröffentlichten Erklärung heißt es: „Christen und Kirchen in aller Welt nehmen das Jahr 2000 zum Anlaß, ihren Appell für Entschuldung zu erneuern und in der Erinnerung an das alttestamentliche Erlaß- und Jubeljahr (Lev./3 Mose 25,8–18) zu verstärken.“ In der biblischen Agrargesellschaft sollten Schuldner und Gläubiger durch die Einrichtung periodischer Schuldenerlasse geschützt werden, die Rückgabe von Ackerland als Lebensgrundlage einen Neuanfang ermöglichen.

Das gemeinsame Wort der Kirchen in Deutschland erinnert daran, daß die besondere Verantwortung der reichen Länder zur Lösung der internationalen Verschuldungsproblematik daher rühre, daß „Gläubiger – Staaten und Banken – in früheren Jahren nicht selten viel zu leichtfertig Kredite an arme Länder vergeben haben“.

Die von Weltbank und IWF 1996 angeregte Initiative zur Entschuldung der als „schwer verschuldet“ klassifizierten armen Länder, der sogenannte HIPC-Initiative (HIPC: Heavily Indebted Poor Countries), erkennen die Kirchen zwar als einen wirklichen Fortschritt internationaler Entschuldungspolitik an; dennoch sei die Initiative aber auch „unzureichend und verbesserungswürdig“ und bislang habe „nur eine kleine Anzahl von Ländern davon profitiert“. Gleichmaßen fordern die Kirchen eine grundlegende Reform der „Strukturanpassungspolitik“ für die Schuldnerländer, die auch die sozialen und ökologischen Folgewirkungen beachtet, wie auch interne Reformen, wenn ihnen Entschuldung angeboten wird.

Die Erklärung der Kirchen weist aber auch auf einen weiteren wichtigen Aspekt der Schuldenkrise hin: Es sei „unerlässlich“, einen Schuldenerlaß mit einer neuen Wirtschafts- und

Sozialpolitik der reichen Staaten zu verbinden. Durch Abbau von Protektionismus und Subventionen im Norden sollten die Entwicklungschancen des Südens verbessert werden. Die Frage des Schuldenerlasses muß demnach in Beziehung zu dem aktuellen wirtschaftlichen Globalisierungsprozeß gesetzt werden, der zu einer Marginalisierung der Armen und zu einer Stärkung der ökonomischen und politischen Macht der Reichen führt. Die Schuldenkrise resultiert nicht allein aus den Fehlern der „Nehmer“ und „Geber“ von Krediten. Sie ist vielmehr auch das Ergebnis von Asymmetrien in der heutigen Weltwirtschaft, die zu chronischen Leistungsbilanzdefiziten in den armen Ländern führen.

Eine wachsende weltweite Bewegung

In mehr als 40 Gläubiger- und Schuldnerländern existieren Bündnisse von Initiativen, Kirchen und Organisationen, die die Forderung eines Schuldenerlasses zur Jahrtausendwende unterstützen. Für Deutschland wäre hierbei etwa auch das Engagement einzelner Bistümer zu nennen, beispielsweise das des Bistums Limburg für eine Entschuldung Sambias; andere Diözesen haben die Verschuldungsproblematik im Rahmen ihrer schon bestehenden Partnerschaften aufgegriffen. Seit *Johannes Paul II.* zum Ende des Jahres 1994 in dem Apostolischen Schreiben *Tertio Millennio Adveniente* (vgl. HK, Dezember 1994, 603 ff.) die Gläubigen aufgefordert hat, im Kontext des Jubeljahres 2000 die armen Länder von der Last der Auslandsschuld zu befreien, ist eine lebendige Bewegung entstanden und eine beeindruckende Strecke zurückgelegt worden. Zuerst habe man erreicht, daß die Frage der Auslandsschulden als ein weiterhin ungelöstes Problem anerkannt werde; der nächste Schritt sei nun besonders auf der Ebene der Gläubigerregierungen, der Gruppe der Sieben (G-7) zu tun, so zog der Erzbischof von Tegucigalpa (Honduras) und Schirmherr der deutschen Kampagne „Erlaßjahr 2000“, *Oscar Rodríguez Maradiaga*, Zwischenbilanz. Aber nicht nur in den europäischen Gläubigerländern, auch in USA und Kanada existieren mittlerweile starke Entschuldungskampagnen. Nachdem auch in Japan eine Kampagne gestartet wurde, gibt es nun in sämtlichen G-7-Ländern Initiativen, die für einen Schuldenerlaß im Jahr 2000 eintreten.

Lösungsansätze aus der Perspektive der katholischen Soziallehre hat dazu die Internationale Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Solidarität (CIDSE) – ein Netzwerk sechzehn katholischer Entwicklungsorganisationen aus Europa, USA und Neuseeland – im letzten Jahr vorgelegt, in einem Positionspapier betitelt „Menschliche Entwicklung braucht Entschuldung“. Maßgeblich an dieser Erklärung beteiligt war auch das deutsche bischöfliche Hilfswerk *Misereor*. Nachdrücklich fordert die Arbeitsgemeinschaft der katholischen Entwicklungshilfswerke, die Vorteile von Schuldenerlassen sollten den Ärmsten in den betroffenen Ländern zugute

kommen. Besonders Vertreter von Caritas Internationalis in den Ländern des Südens haben sich dafür eingesetzt, die Schuldenstreichungen mit erhöhten Ausgaben für Gesundheit und Bildung zu verbinden. Darüber hinaus fordert das CIDSE-Papier größere Transparenz sowohl bei der Kreditvergabe und der -verwendung, als auch bei Schuldenerlassen und Umschuldungen.

Einen besonderen Schwerpunkt legt die Arbeitsgemeinschaft auf die Auseinandersetzung mit der bereits genannten Initiative von Weltbank und IWF zur Entschuldung für hoch verschuldete arme Länder. Neben deren technischen Unzulänglichkeiten kritisieren die katholischen Entwicklungsexperten auch die mangelnde Beteiligung der *Zivilgesellschaft* bei der Suche und Entwicklung von Reformansätzen und Entwicklungsstrategien, die wiederum Voraussetzungen dafür sind, daß ein Land in die Initiative aufgenommen werden kann.

Für einen weitgehenden Schuldenerlaß hat sich auch der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) während seiner Achten Vollversammlung im Dezember 1998 in Harare ausgesprochen (vgl. ds. Heft, 66 ff.). Ausdrücklich hat sich dabei der ÖRK, der mit dieser Vollversammlung zugleich sein 50jähriges Bestehen feierte, vom biblischen Gedanken des Jubeljahres inspirieren lassen: Das hebräische Gesetz sah einen Schuldenerlaß alle 50 Jahre vor.

Dabei konnten die ÖRK-Delegierten im Gastgeberland Simbabwe die Auswirkungen einer Überschuldungssituation unmittelbar erleben: wirtschaftliche Rezession, ökologische Zerstörung und vor allem das Anwachsen relativer und absoluter Armut auf dem Land wie in den Städten. Mehr als 50 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung Simbabwes ist heute arbeitslos. Wichtige Grundnahrungsmittel wie Mais müssen importiert werden, obwohl Simbabwe über fruchtbaren Boden und reichlich Naturressourcen verfügt. Die besten Ländereien aber werden für den Anbau von Exportprodukten wie Tabak und Kaffee genutzt, weil das Land dringend harte Devisen für die Rückzahlung der Auslandsschulden braucht.

Das besondere Engagement des lateinamerikanischen Bischofsrates

Seit Jahren engagiert sich der Lateinamerikanische Bischofsrat (CELAM) im Dialog mit Wirtschaft und Politik für eine umfassende Lösung des Schuldenproblems. Unter der Schirmherrschaft von Kardinal *Roger Etchegaray* als Präsident des Päpstlichen Rates *Justitia et Pax* führte der CELAM 1997 Gespräche mit den Präsidenten des IWF, der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank, in deren Zentrum die Auslandsverschuldung stand.

Die ethische Grundlage dieses Engagements formulierte eine Erklärung des Päpstlichen Rates *Justitia et Pax*; veröffentlicht im Dezember 1986 und betitelt „Im Dienste der menschl-

chen Gemeinschaft: Eine ethische Bewertung der internationalen Verschuldung“. Als für die Lösung der Schuldenproblematik leitende Prinzipien werden darin genannt:

- Solidarität: Weder zu einer Vormachtstellung der stärkeren oder zu der Befriedigung egoistischer Interessen einzelner Ländern noch zur Verschärfung sozialer Ungleichheit oder Ungerechtigkeit dürfe die Kreditvergabe führen, sondern nur zur Förderung neuer und umfassender Formen der Solidarität.
- Mitverantwortung: Weder für die Ursachen noch die sich daraus ergebenden Lösungen trage nur ein Land oder eine Gruppe von Ländern Verantwortung. Es gebe für die Schuldenkrise sowohl länderspezifische Ursachen wie auch Ursachen, die sich aus dem weltwirtschaftlichen Kontext ergeben. Erst die Anerkennung dieses Prinzips könne einen Dialog möglich machen.
- Vertrauen: Vertrauensbeziehungen sollen sowohl zwischen den Ländern als auch zwischen den verschiedenen Akteuren geschaffen oder wiederhergestellt werden.
- Teilen: Sowohl Leistungen und Erträge als auch Entbehrenungen sollen gleich verteilt sein, wobei die Bedürfnisse der schutzlosen Bevölkerungsgruppen besonders berücksichtigt werden sollten. Die besser ausgestatteten Länder hätten die Verantwortung, stärker zu teilen.
- Partizipation: Alle sollen beteiligt werden, denn das Schuldenproblem besitzt nicht nur eine ökonomische, monetäre oder finanzielle Dimension, sondern ist auch und im höchsten Maße politischer und sozialer Natur.
- Umfassende Lösung: Es sollen sowohl Maßnahmen mit unmittelbarer als auch solche mit langfristiger Wirkung getroffen werden, um ein Wiederkehr des Problems zu vermeiden. Dies betreffe auch die Reform internationaler Finanzinstitutionen.

Diese Prinzipien bilden auch den Rahmen, in dem zu Anfang des Jahres Erzbischof Rodríguez die bereits zahlreich existierenden Initiativen zu der lateinamerikanischen Kampagne „Erlaßjahr 2000“ zusammenführen möchte. Bereits im Juli 1998 ist die brasilianische Kampagne „Jubileu 2000“ ins Leben gerufen worden.

In Deutschland hofft „Erlaßjahr 2000“ derweil auf neuen Wind in Bonn: Vertreter der beiden neuen deutschen Regierungsparteien hatten noch vor den Bundestagswahlen im September 1998 die Umsetzung einiger der Forderungen der Entschuldungskampagne bei der früheren Bundesregierung angemahnt. Ein Hauptaugenmerk liegt dabei derzeit bei einer Regelung für die Schulden ärmster Länder gegenüber der früheren DDR. Die Kampagne erwartet von der Bundesregierung die Streichung dieser Schulden – kein gewaltiger, dafür jedoch ein symbolkräftiger Schritt.

Im Koalitionsvertrag ist festgeschrieben: „Internationale Entschuldungsinitiativen für die ärmsten und höchstverschuldeten Länder werden unterstützt.“ Entsprechend hofft „Erlaßjahr 2000“, daß die neue Regierung auch international

verstärkt den Erlaß von Schulden fordert. Insbesondere sollte die Bundesregierung für eine deutliche Verbesserung und Beschleunigung der Entschuldungspläne im Rahmen der HIPC-Initiative von Weltbank und IWF eintreten.

Dabei müßte gerade die deutsche Regierung sensibel auf Forderungen nach einem Erlaß untragbarer Schulden reagieren. Auch das kriegszerstörte Westdeutschland konnte in den Nachkriegsjahren seine Schulden nicht bedienen. Daher wurden 1953 in einer umfassenden Maßnahme alle Vorkriegs- und Nachkriegsschulden bei Staaten, Privatbanken sowie aus Anleihen bei Privatanlegern in einem Vertrag geregelt. In ihrer gemeinsamen Erklärung zur Verschuldungskrise erinnern auch die beiden großen Kirchen an das Londoner Schuldenabkommen von 1953: Vertreter aus 20 Gläubigerstaaten, der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) sowie private Gläubiger waren bereit, die Schuldenlast Deutschlands nach einer Begutachtung der ökonomischen Leistungsfähigkeit des Landes, neu festzulegen.

Auch Deutschland zog einmal Nutzen aus einer weitreichenden Entschuldung

In den „Richtlinien für die Ausarbeitung der Empfehlungen“ zur Londoner Konferenz hieß es, der Plan solle die allgemeine Wirtschaftslage der Bundesrepublik berücksichtigen und er dürfe „weder die deutsche Wirtschaft durch unerwünschte Auswirkungen auf die innere Finanzlage aus dem Gleichgewicht bringen noch vorhandene oder künftige deutsche Devisenquellen über Gebühr in Anspruch nehmen“. Ziel des Vertrages sei es, einen Beitrag zur Entwicklung einer blühenden Völkergemeinschaft zu leisten. Letztlich wurden die Zinsen und Zinseszinsen – nach Schätzungen rund 14,6 Milliarden Mark – auf nicht mehr bediente Vorkriegsschulden bereits vorab weitgehend erlassen. Auch von der verhandelten Summe der verbliebenen Vorkriegs- und Nachkriegsschulden in Höhe von 29,7 Milliarden Mark wurden rund 50 Prozent erlassen. Die verbleibende Restschuld in Höhe von 14,45 Milliarden Mark wurde zinsfrei bzw. zu niedrigen Zinsen umgeschuldet. Die verbliebenen Schulden erwiesen sich als tragbar; eine solide Finanzplanung wurde möglich. Die BRD wurde wieder zu einem berechenbaren Kreditnehmer auf den internationalen Finanzmärkten und erhielt frisches Geld.

Diese eigene Erfahrung Deutschlands steht aber im Gegensatz zur Haltung der Bundesregierung gegenüber den heute verschuldeten Ländern. Bonn folgt der zweifelhaften Logik der internationalen Finanzinstitute, die eine Schuldendienstquote von jährlich 20–25 Prozent der Exporterlöse für tragfähig und entwicklungsverträglich halten. Die vorgesehenen Zahlungen für die BRD lagen dagegen bereits 1952 mit 3,35 Prozent weit unter dieser Quote.

Wie die Kampagne „Erlaßjahr 2000“ heute fordert, hat die SPD 1995 einen Antrag zur Lösung des Schuldenproblems der Entwicklungsländer gestellt, in dem sie eine internationale Insolvenzordnung forderte. Konstruktive Initiativen zu einer Veränderung des Haushaltsgesetzes wurden auch von beiden Koalitionsparteien in den vergangenen Jahren im Bundestag eingebracht. Der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion – inzwischen Parlamentarischer Staatssekretär im Finanzministerium – hat die entsprechenden Anträge im Haushaltsausschuß eingebracht, nachdem die Entwicklungs-

politiker aus allen Fraktionen die Möglichkeit zu weitergehenden Erlassen befürwortet hatten.

Eine umfassende Lösung des Schuldenproblems der armen Länder ist aber nur im Rahmen einer internationalen Vereinbarung möglich. Gewöhnlich werden Veränderungen im Schuldenmanagement der Gläubigerländer bei den Gipfeltreffen ausgehandelt. Daher hofft „Erlaßjahr 2000“, daß die neue Bundesregierung als Gastgeberin des nächsten G-8-Gipfels im Juni in Köln international eine Vorreiterrolle in puncto Schuldenerlaß übernimmt. *Pedro Morazán*

David gegen Goliath?

Israel, die Palästinenser und die Supermacht USA

Die Mehrheit der Juden auf der Welt lebt entweder in Israel oder den USA; beide Staaten sind in vielfältiger Weise miteinander verbunden. Aber selbst den Vereinigten Staaten gelingt es nicht, gegen die Widerstände ultraorthodoxer, in ihrer „Eretz Yisrael“-Ideologie verhafteten Strömungen in Israel eine gerechte Lösung des Nahostproblems entscheidend voranzubringen.

Unter dem Titel „Via Dolorosa“ hat der englische Dramatiker *David Hare* (Jahrgang 1947) einen politischen Monolog über eine Reise nach Israel und Gaza geschrieben. „Via Dolorosa“ wurde am 3. September 1998 im Royal Court Theatre uraufgeführt. Hare zitiert ein Interview mit *Benny Begin*, dem Sohn des früheren israelischen Premierministers. „Das meiste, worauf es in der jüdischen Geschichte ankommt, geschah im Umkreis von zwanzig Meilen um Jerusalem. Wir können sogar die Felsen identifizieren, an denen David gegen die Philister kämpfte, genau die Stelle, wo Amos predigte. Es ist unannehmbar, unseres Rechts beraubt zu werden, da zu leben und zu arbeiten –, unseres Rechts, da zu sein, wo unsere Könige herrschten und unsere Richter Recht sprachen. Und vor allem: da über die Hügel zu gehen, wo unsere Propheten prophezeiten. Das alles gehört uns, weil es uns ausmacht, und ohne das würden wir verkümmern.“

Felsen identifizieren, an denen David gegen die Philister kämpfte...“, hat der junge Begin gesagt. Wird der Kampf Israels gegen die „Philister“ die Zukunft beherrschen?

Die *Jerusalem Post* vom 9. Dezember 1998/20. Kislev 5759/20. Shaaban 1419 veröffentlichte das Programm von Präsident *Clintons* Jerusalem-Besuch. Ab dem 11. Dezember werde das Jerusalemer Hilton-Hotel für die Öffentlichkeit geschlossen sein. Von diesem Tag an würden die 381 Räume des Hotels nur noch der CIA und der großen Delegation gehören, mit der Clinton vom 12. bis 15. Dezember Jerusalem, Gaza, Bethlehem – also Israel und die palästinensischen Gebiete – besuchen wollte. Den Sonntag, 13. Dezember würde Clinton in Jerusalem verbringen und abends an einem Dinner teilnehmen, das die israelische Regierung zu seinen Ehren geben werde. Am 14. Dezember wolle Clinton in Gaza an der Sitzung des Palästinensischen Nationalkongresses teilnehmen, auf der die gegen Israel gerichteten Passagen der palästinensischen Nationalcharta gestrichen werden sollten. Der letzte Tag des Präsidentenbesuchs, der 15. Dezember, würde einem politisch geteilten Besuchsprogramm gelten: auf Massada die Verbeugung vor dem Mythos der radikal-fanatischen Selbstbehauptung Israels und in Bethlehem das Anstecken eines Weihnachtsbaums vor der Geburtskirche. Die Erwartung, daß Clintons Nahostreise zu Fortschritten im nahöstlichen Friedensprozeß führen werde, wurde schnell enttäuscht.

Clintons Nahostreise – kein Durchbruch im Friedensprozeß

In Israel wird am 17. Mai 1999 die Knesset neu gewählt werden. Benny Begin, bisher Minister in *Netanjahus* Kabinett, hat die Gründung einer radikal konservativen Partei rechts vom Likudblock angekündigt und will sich um das Amt des Premierministers bewerben. „Wir können sogar die